

Plenares Nachspiel der Vorgänge um die König Fahad Akademie

„Gesetze gegen Fundamentalismus reichen aus“

Islamische Bildungseinrichtungen auf dem Boden des Landes sollen das Kindeswohl wahren, Grundgesetz und Landesverfassung achten, mit staatlichen Stellen wie Schulaufsicht, Jugendämtern und Verfassungsschutz kooperieren und den Unterricht in wesentlichen in deutscher Sprache abhalten. Diese Punkte soll die Landesregierung beachten, wenn es um die Genehmigung und den Betrieb islamischer Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche geht. Dies besagt der Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/4594 neu), den der Landtag Ende November erörtert und danach an den federführenden Migrationsausschuss überwiesen hat.

Thomas Kufen (CDU) bezeichnete den islamischen Fundamentalismus als „die vielleicht größte Herausforderung für die westlichen Demokratien im Zeitalter der Globalisierung“. Die müsse man meistern, wenn Demokratie und Freiheit keinen Schaden nehmen sollen. Darum: „Wir brauchen einen starken und wehrhaften Staat, der es nicht zulässt, dass in Bildungseinrichtungen auf seinem Territorium fundamentalistischer Islamismus indoktriniert wird.“ Im Land dürfe, in welchen Bildungseinrichtungen auch immer, unter „keinen Umständen verfassungsfeindliches, antidemokratisches, antizionistisches und antisemitisches Gedankengut“ gelehrt werden. Die Ereignisse um die König Fahad Akademie zeigten, dass man sich nicht sicher sein könne, ob Derartiges nicht heute schon geschehe. Wenn dort zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen werde, sei die Schwelle der Toleranz längst überschritten. Kufen betonte die Bedeutung der Integration; das ziehe aber die klare Absage jeder Form von Fundamentalismus, Extremismus und Radikalismus nach sich. Der Antrag bedeute nicht die Stigmatisierung von Minderheiten, sondern mache die Spielregeln des Zusammenlebens im Lande deutlich.

Britta Altenkamp (SPD) rief die CDU auf, bei ihren Anträgen sensibler vorzugehen und Populismus zu vermeiden. Dieser Antrag jedenfalls sei in beide Richtungen – die der Muslime und die der deutschen Mehrheitsgesellschaft – kontraproduktiv. Die Union sollte zu Stil und Inhalten der gemeinsam beschlossenen Integrationsoffensive des Landtags zurückkehren und zu einem vernünftigen und Vernunft gesteuerten Umgang mit den Fragestellungen in Zusammenhang mit der Integration muslimischer Gläubiger zurückfinden. Das sei besser, als sie „ständig auszugrenzen“. Sie sah keine Chance für eine „Sonderregelung für ausländische Schulen mit islamischem Hintergrund“.

RELIGIONSFREIHEIT

Dr. Ute Dreckmann (FDP) unterstütze das Anliegen des CDU-Antrags: Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit dürften religiöse Fanatiker nicht hier zu Lande ihr Unwesen treiben. Diese Forderung habe für die FDP allgemein gültigen Charakter, sie dürfe sich also nicht allein auf den Islam beschränken,

„sondern muss für alle religiösen fundamentalistischen Gruppen und Sekten gelten“. Dazu brauche man keine neuen Gesetze, es müssten nur die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Dazu fordere sie die Landesregierung auf.

Sybillie Haussmann (GRÜNE) wies, „vehement“ wie sie sagte, den Pauschalverdacht gegen die Muslime im Land zurück und verwahrte sich gegen „billigen Populismus“. Orientierung am Kindeswohl, Achtung der Verfassung – das seien doch Selbstverständlichkeiten: „Lassen Sie die Behörden in unserem Land ihre Arbeit machen“, fuhr sie fort, „wir haben die Instrumente, um den Fundamentalismus in unserem Land zu bekämpfen. Wir wenden sie an und werden sie auch in Zukunft anwenden. Dafür bedarf es nicht der Nachhilfe durch die CDU.“

Jamal Karsli (fraktionslos) sah im Antrag der CDU „ein Kettenglied in der gegenwärtigen Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen den Islam“. Es würden etwa 500 Kinder „als zukünftige Terroristen kriminalisiert“. Bei der Einweihung sei die König Fahad Schule von vielen Bundes- und Landespolitikern gelobt worden, erinnerte er: „Plötzlich soll aus dieser anerkannten Vorbildschule eine Kadenschmiede für Islamisten geworden sein?“ Das sei eine „Massenhysterie“. Er, Karsli, warne davor, „jedem Muslim automatisch zu unterstellen, direkter oder indirekter Anhänger von Al Kaida zu sein“.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) betonte ihre Entschiedenheit im Kampf gegen jeden fundamentalistischen Islamismus an den Schulen. Dagegen vorzugehen, habe das Land gesetzliche Grundlagen. Allerdings wäre es eine Illusion zu glauben, dass gesetzliche Regelungen allein dem Islamismus Herr werden können. Bei dieser Aufgabe sei die gesamte Integrationspolitik gefordert. Da könne die CDU das Zuwanderungsgesetz nicht länger blockieren, mahnte sie und erinnerte an den umfangreichen Maßnahmenkatalog, der in Zusammenarbeit mit der König Fahad Akademie aufgestellt worden sei. Dabei gehe man weit über das übliche Maß der Schulaufsicht über ausländische Schulen hinaus.

Aber bei allem müsse man integrationsfreundlich arbeiten und keine Spaltung zwischen den Religionsgemeinschaften hervorrufen. 🗣️

Schule mit Minaretturm – das Gebäude der König Fahad Akademie in Bonn.
Foto: Schälte

